

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Gründert Werktag nachmittags mit dem Datum des folgenden Tages.
Bezugspreis: Unmittelbar oder durch die Postanstalten 5 M. monatl. Einzelne Blätter 20 Pf.
Herausgeber: Geschäftsstelle Nr. 21295, Schießleitung Nr. 14574.
Postfachkonto Dresden Nr. 2485.

Aufkündigungen: Die 32 mm breite Grundseite oder deren Raum im Aufkündigungs-
teil 2 M., die 66 mm breite Grundseite oder deren Raum im amtlichen Teile 4 M.,
unter Einschluß 6 M. — Erhöhung auf Geschäftsanzeigen.
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Geltende Nebenblätter: Landtags-Blätter, Synodal-Blätter, Bezugslisten der Verwaltung der Staatsschulden und der Landeskulturstiftung, Jahresbericht und Rechnungsabschluß
der Landes-Brandversicherungsanstalt, Verkaufsliste von Holzstanzen auf den Stadtförstrevieren.

Beauftragt mit der Überleitung (und preisgeglichenen Vertretung für den schriftstellerischen Teil): Regierungsrat Voeges in Dresden.

Nr. 209

Donnerstag, 8. September

1921

Die oberschlesische Frage.

London, 7. September. Der Berichterstatter der "Westminster Gazette" meldet: Die vom Völkerbundsrat mit der Berichterstattung über die oberschlesische Frage betrauten 4 Mitglieder würden wahrscheinlich ihren Bericht bis zum 10. d. R. fertig haben. Es könne sehr wohl zuverlässliche erklärt werden, daß der Völkerbundrat in der oberschlesischen Frage eine Entscheidung treffen werde, die weder in Übereinstimmung mit den britischen noch mit den französischen Vorschlägen sei und daß er ganz unabhängig vorgehen werde. Die Entscheidung des Rates solle dem Blatt zufolge sowohl Polen wie auch Deutschland und vor allem den oberschlesischen Bevölkerung befriedigen gewähren.

Irreführung der bayerischen öffentlichen Meinung.

Berlin, 6. September. Münchener Zeitungen veröffentlichten einen vom Verfassungsausschuß des Reichswirtschaftsrates ausgearbeiteten Plan für wirtschaftlichen Gliederung des Reiches, um an ihn die Bemerkung zu knüpfen, daß er eine Teilung Bayerns in Nord- und Südbayern rechte, somit Bayern mit der Ostsee verbunden bedrohe. Damit ist einer der Öffentlichkeit seit langem bekannt gewordene Angelegenheit eine höchst ungünstige Bedeutung beigelegt. Es handelt sich um eine Arbeit des Verfassungsausschusses des Reichswirtschaftsrates, an der nicht nur der frühere sozialistische Reichstagsabgeordnete Egon Bahr, sondern auch das Mitglied des Reichswirtschaftsrates, Oberbürgermeister Kipphardt der Deutschen Volkspartei angehört, als Referent beteiligt war. Der Plan betrifft die Gliederung des Reiches in Bezirkswirtschaftsräte und gehört mit zu den vorbereitenden Arbeiten für die endgültige Organisation des Reichswirtschaftsrates. Er hat lediglich wirtschaftliche und nicht die geringste politische Bedeutung. Es ist eine unzweckmäßige Verdeckung der Tatsachen, wenn man diesen Plan als Beweis für einen beabsichtigten Eingriff in die politische Gliederung des Reichs herstellt will. Eine derartige Verdächtigung mag als bewußte Irreführung der bayerischen öffentlichen Meinung bezeichnet werden.

Die Völkerbunderversammlung.

Genf, 6. September. Die heutige Vormittagssitzung der Völkerbunderversammlung war einer reinen Geschäftsordnungsdebatte gewidmet. Die langwierige Aussprache drehte sich um die Zahl, die Zusammensetzung und den Wahlmodus der von der Versammlung zu ernennenden Ausschüsse. Die von Motta beantragte Überweisung des Berichts des Völkerbundsrates an eine Kommission brachte einen lebhaften Ton in die Aussprache. Hyman aus Belgien, der besonders von Leo Robert Cecil und Hüther unterstützt wurde, tat lebhaft dafür ein, daß der Bericht des Rates über die Tätigkeit des Völkerbundes in großer allgemeiner Aussprache öffentlich behandelt werden solle. Zum Schluß der Aussprache in der heutigen Sitzung der Völkerbunderversammlung brachte der Präsident von Karnebeek den Vorschlag Mottas auf vorläufige Überweisung des Berichts des Völkerbundsrates an eine Kommission zur Abstimmung, die abgelehnt wurde. Die Vormittagssitzung der Völkerbunderversammlung schloß gegen 1½ Uhr. Die nächste Sitzung findet nachmittags 6 Uhr statt zur Wahl der Botschafter. — Der Völkerbunderversammlung ist ein Antrag der Kommission für Abänderungsanträge zugegangen, der die Wahl von vier nichtständigen Ratsmitgliedern mit Zweidrittelmehrheit für vier Jahre vorsieht. Im letzten Jahre waren die vier nichtständigen Ratsmitglieder auf ein Jahr gewählt worden. — Eine Anzahl amerikanischer Staaten hat bis jetzt noch keine Delegation nach Genf entsandt, und zwar Argentinien, Honduras, Nicaragua, Panama, Peru und Chile. Wie sich aus dem Bericht der Kommission zur Prüfung der Vollmachten ergibt, haben die betreffenden Regierungen dem Völkerbund verschiedene Dokumente über ihre Vertretung in der zweiten Völkerbunderversammlung gefandt.

Genf, 6. September. Nach Eröffnung der Abendsessung der Völkerbunderversammlung wurde der Bildung der Kommission Abstimmung genehmigt. Zum Kommissionspräsidenten wurde ernannt: Scialo, Jonesen, Branting, und Wick serben.

Amerika und der Völkerbund.

Die Mandatsfrage.

Washington, 7. September. Die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika riette an die Verbündeten eine neue Note über die unter Mandat gestellten Gebiete. Das Staatsdepartement lehnt eine Erörterung des Inhalts der ihm zugängigen Note ab, weist aber, wie verlautet, in besonderen auf die Klassen A und B der unter Aufsicht des Völkerbundes verwalteten Mandate hin, und betont nochmals die Stellung der Vereinigten Staaten in der Frage der amerikanischen Rechte in den unter Mandat befindlichen Gebieten.

Berghärtung der interalliierten Note über Westungarn.

London, 7. September. Wie Neuerungen erfährt, ist auf die italienischen Vorfälle hin beschlossen worden, die interalliierte Note, die bei Ungarn wegen der nicht erfolgten Rückumstellung eines Teiles des Österreich durch den Friedensvertrag zugesprochenen Westungarn Vorfälle erhebt, härter zu fassen. Die vom Hochkomitee vor einigen Tagen entworfene, aber noch nicht formell überreichte ursprüngliche Note wird deshalb durch einen Zusatzparagrafen verschärft werden.

Edwards, Daugher und Graf Gimeno.

Edwards, Daugher und Graf Gimeno. Es folgte die Wahl der Vizepräsidenten für die Versammlung, die diesmal nicht mit den Präsidenten der Kommissionen identisch sein müssen. Zu Vizepräsidenten wurden gewählt Bourgeois-Franckel, Durando-Brasilien, Dafour-England, Hymanus-Japan, Hymanus-Belgien und Venesch-Tschechoslowakei. Die Sitzung wurde sobald auf Mittwoch nachmittag verlegt.

Der Bericht des Völkerbundsrats.

Genf, 6. September. Der Völkerbundsrat stellte sorgfältigem Bericht seiner Versammlung und über seine Arbeiten seit der ersten Versammlung und über die in Ausführung der vorjährigen Versammlungsbeschlüsse getroffenen Maßnahmen zu. Das sehr umfangreiche Schriftstück stellt ein gutes Stück Zeugnis dar. So werden im Zusammenhang mit allen Deutschland betreffenden oder interessierenden Beschlüssen dem Völkerbund noch Eingaben mitgeteilt, und zwar zur Saarfrage, zur Danziger Angelegenheit, zur Überführung der Elsaß-Lothringischen Versicherungsfonds an Frankreich, der Mandatsfrage usw. Auch über die verschiedenen Österreich betreffenden Angelegenheiten gibt der Bericht nochmals Ausdruck, so über die Liquidierung des Besitzes und über Angehörige der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie, die Ausweisung von Flüchtlingen usw. Einen großen Teil des Berichtes nehmen die Schriften über die verschiedenen Streitfälle ein, z. B. Polen, Italien, und verschiedene Kommissionararbeiten, so über Finanz- und Rückungsgesellschaften, Verkehrsfragen, und organisatorische Arbeiten des Bundes und des Sekretariats. Der Bericht ist zweifellos ein Dokument von umfassender beratender Tätigkeit und organisatorischer Arbeit. Eine Fülle von Fragen, die nicht gelöst werden konnten, so vor allem die deutschen Eingaben, die Mandatsfragen, werden umgangs beziehungsweise vertragt oder noch vorbereitet oder Kommissionen oder der Versammlung unerledigt übergeben.

Das Hilfswerk für das hungrige Russland.

Genf, 6. September. Manen gab Beratern der Presse einige interessante Ausführungen über das Hilfswerk für das hungrige Russland. Nach seiner Ansicht wären 4 Mill. t Nahrungsmittel nötig. Russland glaube, 2 Mill. t liefern zu können. Das internationale Hilfswerk müsse also seinerzeit 2 Mill. liefern. Die Hungersnot breite sich von der Wolga bis zum Donau aus. Gewöhnlich 20 bis 25 Mill. Menschen littten ungewöhnlich. Das Vierzigste sei Saalforn zu beschaffen. Wenn das nicht möglich sei, so würden Menschen und Vieh sterben.

Sächsische Justizstatistik für das Jahr 1920.

Das Justizministerium hat wie für die früheren Jahre so auch für das Jahr 1920 die Justizstatistik bearbeiten lassen; es hat aber zu seinem Bedauern auch diesmal mit Rücksicht auf die hohen Kosten von der Drucklegung der Statistik absieben müssen.

Am 31. Dezember 1920 betrug die Zahl der planmäßig gewährten Stellen der Richter 842, der Staatsanwälte 95 (gegen 822 und 60 am 31. Dezember 1919). Von den Inhabern dieser Stellen waren teils als Hofsrichter an das Oberlandesgericht, teils als Hofsrichter in das Justizministerium und an die Staatsanwaltschaft beim Oberlandesgericht abgeordnet 7 Landgerichtsräte, 8 andere Richter und 4 Staatsanwälte.

Im Jahre 1920 haben stattgefunden 21 (im Vorjahr 20) zweite juristische Staatsprüfungen und 54 (14) Prüfungen von Kanzleibeamten. Geprüft wurden 77 (59) Referendar und 350 (84) Kanzleibeamte.

Die Zahl der Rechtsanwälte belief sich Ende 1920 auf 1038 (gegen 1134 Ende 1919). Die meisten Rechtsanwälte hatten ihren Wohnsitz im Bezirk des Landgerichts Leipzig (364); dann folgen die Landgerichtsbezirke Dresden (363), Chemnitz (130), Zwickau (72), Bautzen (71), Plauen (58) und Freiberg (40).

Richter waren Ende 1920 363 vorhanden, und zwar im Bezirk des Landgerichts Dresden 92, Leipzig 79, Chemnitz 63, Zwickau 39, Bautzen 36, Plauen 32 und Freiberg 22.

Die Zahl der Geschäfte der Amtsgerichte in Zivilsachen beträgt 316 474 gegen 242 121 im Jahre 1919, die Annahme mithin 31 Proz. Die Zahl der Konkursesachen ist gegen das Vorjahr von 485 auf 561, also um 14 Proz. gestiegen. Auch die Strafsachen zeigen eine beträchtliche Annahme gegen das Vorjahr; ihre Zahl ist 107 026 gegen 78 688 im Jahre 1919, die Steigerung mithin 30 Proz. Die Zahl der Geschäfte in der freiwilligen Gerichtsbarkeit beträgt 383 690 gegen 421 136 im Vorjahr. Die Annahme um 9 Proz. erklärt sich in der Hauptstadt durch den Rückgang der Zahl der Eintragungen in die Grundbücher (262 752 im Jahre 1920 gegen 298 472 im Jahre 1919) und in die Beglaubigungsregister (41 974 gegen 49 034). Die Geschäfte der Gerichtsvollzieher haben dagegen eine wesentliche Steigerung erfahren. Die Zahl der Eintragungen in die Zustellungsbücher (für Verteilungen) beträgt 191 275 gegen 133 415 im Vorjahr und der Eintragungen in die Vollstreckungsbücher 158 557 gegen 105 309 im Jahre 1919, sodass sich eine Annahme um 43 bez. 51 Proz. ergibt.

Bei den Landgerichten haben die Geschäfte gegen das Vorjahr durchweg zugenommen. Die Zahl der Zivilsachen beträgt 60 443 gegen 39 999 im Jahre 1919, die Annahme mithin 51 Proz. Von den Einzelzahlen sei hier nur genannt die der gewöhnlichen Zivilprozeß vor den Zivilgerichten mit 19 847 (14 072) und vor den Kammer für Handelsachen mit 18 195 (8984), der Geschäftszahlen mit 625 (6420) sowie der Berufungen mit zusammen 4026 (2984). Die Zahl der Strafsachen ist von 9354 im Jahre 1919 auf 13 523 im Jahre 1920, also um 45 Proz. gestiegen.

Die Anzeigenlagen der Staatsanwaltshäfen zeigen ebenfalls eine beträchtliche Annahme; ihre Gesamtzahl beträgt 120 601 gegen 93 496 im Vorjahr; das ergibt eine Annahme um 29 Proz.

Einfach haben auch die Geschäfte bei dem Oberlandesgerichte wesentlich zugenommen. Es sind 3998 Zivilsachen gegen 2372 im Vorjahr, also 69 Proz. mehr, und 318 Strafsachen-Revisionen gegen 120 im Vorjahr, mithin 165 Proz. mehr anhängig gewesen.

Kein deutsch-lettisches Abkommen.

Berlin, 6. September. Von zuständiger Stelle wird gegenüber einer Rigor Meldung festgestellt, daß ein deutsch-lettisches Wirtschaftsabkommen bisher weder beschlossen noch im Entwurf fertiggestellt worden ist. Es ist bisher in Wirtschaftsfragen nur in unverbindlicher Weise Rücksicht genommen worden.